



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Österreich und der deutsch-französische Krieg. 1.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

stellt. Ja jener Geist, der glücklicherweise doch wohl bei allen Deutschen vorhanden ist und den geweckt und allgemein gemacht zu haben das nicht genug zu preisende Verdienst einzig des erhabenen Herrschergeschlechtes ist, das in Kaiser Wilhelm den deutschen Kaiserthron bestieg — jener Geist allein, ob er sich nun im Sachsen, Baiern, Schwaben oder im Preußen verkörpert, ist preußisch, verdient den Namen Preußentum.

Aber es ist leider sehr leicht in Deutschland, mächtigen Begriffen in der Öffentlichkeit einen häßlichen Klang anzuhängen, Anstrengungen für die Gesamtheit selbstsüchtig auszulegen, starke, wahrhafte Empfindungen wo nicht verdächtig, so doch lächerlich zu machen. Von dem letztern haben wir in diesen Wochen wieder traurige Beweise gehabt. Man sollte sich doch billiger zeigen gegen Empfindungen, die bei uns bisher nur noch stets einen rein defensiven Charakter getragen haben. Solche können kaum ein Übermaß haben. Es gab eine Zeit, wo man lachte über die „defensive Begeisterung,“ die sich etwa in Viedern wie „Sie sollen ihn nicht haben“ ausdrückte. Ich weiß nicht, ich finde sie schön und im tiefsten Sinne deutsch. So lange sich unser Nationalbewußtsein noch so in der Abwehr hält wie bisher, ist eine schädliche Wirkung auf unsern Nationalcharakter sicher nicht zu besorgen. Bis zum jour de gloire, bis zur tête de la civilisation u. dergl. hat unser „Patriotismus“ noch sehr weit. Dazu ist der Deutsche — zu sehr er selbst.



Österreich und der deutsch-französische Krieg.

1.



In den Erinnerungen und Aufzeichnungen Graf Beust's, die im vorigen Jahre unter dem Titel „Aus drei Vierteljahrhunderten“ erschienen sind, ist im zweiten Bande S. 343—400 auch der Stellung gedacht, welche Österreich-Ungarn zu dem Kriege von 1870 einnahm, und die in Gestalt einer Polemik gegen gewisse französische Behauptungen gehaltene ausführliche Schilderung derselben verdient aus mehreren Gründen ernste Beachtung der deutschen Presse. Im folgenden erfüllen wir unserertheils diese Pflicht, indem wir zuvörderst einen Abriß der Thatfachen geben, wie sie Beust und wie sie sein Hauptgegner, der Herzog von Gramont, berichtet.

Zu Ende des Jahres 1872 erklärte Thiers vor der Commission d'enquête parlementaire, es sei ihm, als er während seiner Rundreise zur Anrufung des

Beistandes der neutralen Mächte auch in Wien vorgeschlagen habe, dort versichert worden, man habe dem Herzog von Gramont, als er noch Botschafter daselbst gewesen sei, erklärt, Österreich-Ungarn werde, falls die Regierung des Kaisers Napoleon sich in einen Krieg einlasse, sich ihr nicht anschließen. Gramont trat darauf mit der Behauptung des Gegenteils an die Öffentlichkeit, d. h. er versicherte, man habe ihm damals in Wien ein Bündnis mit Frankreich zugesagt, wobei er sich vorzüglich auf eine angebliche Verhandlung während der Jahre 1869 und 1870 bezog, welche ein Defensiv- und Offensivbündnis Österreichs und Frankreichs gegen Preußen bezweckt habe. Beust erwiederte hierauf in einem Briefe vom 4. Januar 1873 in der Hauptsache, diese angebliche Verhandlung habe nicht 1869 und 1870, sondern 1868 und 1869 stattgefunden und in einer Korrespondenz ganz privaten Charakters bestanden, welche auf sein Verlangen dem Herzoge nach seinem Eintritte ins Ministerium mitgeteilt worden sei. Diese Korrespondenz sei nur ein Austausch von Ideen und Projekten gewesen und habe 1869 aufgehört, ohne daß sie zum Ziele geführt habe und etwas unterzeichnet worden sei. Drei Punkte indes hätten sie charakterisiert: das Einvernehmen hätte eine defensive Natur und einen friedlichen Zweck gehabt, man habe in allen diplomatischen Fragen eine gemeinsame Politik verfolgen wollen, und Österreich habe sich vorbehalten, falls Frankreich sich gezwungen sähe, Krieg zu führen, seine Neutralität zu erklären. „Die einzige Verpflichtung, welche uns daraus erwuchs — schrieb Beust —, ohne jedoch jemals in die Form eines Vertrages gekleidet zu werden, bestand in dem gegenseitigen Versprechen, sich nicht ohne Vorwissen des einen und des andern mit einer dritten Macht zu verständigen.“ Zum Beweise, daß man sich dieser Verpflichtung erinnert, daß es keine andre gegeben, daß Österreich aber jene als eine Zusage diplomatischen Beistandes zu deuten sich gestattet habe, übersandte er dem Herzog Abschrift einer Depesche vom 11. Juli 1870, in welcher dem Fürsten von Metternich, dem damaligen österreichischen Botschaften in Paris, Instruktionen erteilt worden seien, nach denen er seine Sprache gegenüber der dortigen Regierung eingerichtet haben werde. „Es ist also — schrieb Beust gegen den Schluß des Briefes — klar festgestellt, daß, als Frankreich den Krieg erklärte, nicht ein Wort gesagt oder geschrieben worden war, welches es befugt hätte, auf den militärischen Beistand Österreichs zu rechnen.“ Prüfen wir das nach den Belegen. In jener Depesche vom 11. Juli 1870 heißt es u. a. (wir übersetzen das französische Original):

Ich verbleibe dabei, daß der Kaiser Napoleon und seine Minister sich nicht der Illusion überlassen dürfen, zu glauben, daß sie uns einfach nach ihrem Belieben über das, was wir versprochen haben, und über die Grenze, welche uns durch unsre Lebensinteressen sowie durch unsre materielle Lage gezogen ist, hinausschleppen könnten. Mit Zuvorsicht von einem Observationskorps zu sprechen, welches wir in Böhmen aufstellen würden, wie es der Herzog von Gramont nach Ihren Beichten im Ministerrate gethan hätte, heißt mindestens sehr kühn vorgehen. . . .

Die einzige Verpflichtung, die wir gegenseitig eingegangen sind, besteht darin, uns nicht ohne Vorwissen des einen oder des andern mit einer dritten Macht zu verständigen. Diese Verpflichtung werden wir gewissenhaft halten, und Frankreich kann folglich vollkommen sicher sein, daß wir hinter seinem Rücken keinerlei Verhandlung mit Preußen oder einer andern Macht anknüpfen werden, was für dasselbe im Falle eines Krieges eine wichtige Bürgschaft der Sicherheit ist. Wir erklären uns überdies laut für aufrichtige Freunde Frankreichs, und den Beistand unsrer diplomatischen Aktion hat es sich gänzlich erworben. . . . Der Kriegsfall ist allerdings in Bourparlers erörtert worden. Jedoch ist nichts festgesetzt worden, und selbst wenn man Plänen, die im Stande des Entwurfes verblieben und die, vergessen wir das nicht, zum ausgesprochenen Zwecke nicht die Vorbereitungen zu einem Kriege, sondern die Erhaltung des Friedens hatten, und ausgetauschten Bemerkungen einen wirklichen Wert beilegen wollte, so könnte man doch daraus nicht den Schluß ziehen, daß wir zu einer bewaffneten Rundgebung verpflichtet wären, sobald es Frankreich beliebte, sie von uns zu verlangen. Ich brauche Sie nicht daran zu erinnern, daß wir bei der Prüfung der Kriegs eventualitäten stets erklärt haben, wir würden uns bereitwillig anheischig machen, aktiv auf dem Schauplatze zu erscheinen, wenn Rußland für Preußen Partei ergriffe, daß wir aber, falls dieses allein mit Frankreich im Kriege wäre, uns das Recht wahrten, neutral zu bleiben. Ich gestand wohl und ich gestehe noch zu, daß Umstände eintreten könnten, wo selbst unser Interesse uns geböte, eine streng neutrale Haltung aufzugeben, aber ich weigerte mich stets bestimmt, in dieser Beziehung eine Verpflichtung einzugehen. Ich habe damals vollständige Freiheit des Handelns für das österreichisch-ungarische Reich beansprucht, wie ich sie jetzt beanspruche, und wenn ich diesen Punkt mit Festigkeit aufrecht erhalten habe, als es sich um die Unterzeichnung eines Bündnisvertrages handelte, muß ich mich heute, wo ein Vertrag nicht abgeschlossen worden ist, weniger als jemals betrachten, als ob mir die Hände gebunden wären. . . . Wenn wir aber auch für den Fall eines Krieges zwischen Frankreich und Preußen materiellen Beistand versprochen hätten, so würde es nur als Korollar einer aus gemeinsamer Uebereinstimmung folgenden Politik geschehen sein. Niemals würden wir daran gedacht haben, und kein Staat würde je daran denken, sich einem andern Staate in eine derart abhängige Stellung zu begeben, daß er einzig nach dem Belieben des andern die Waffen ergreifen müßte. Der Kaiser Napoleon hat versprochen, uns zu Hilfe zu kommen, wenn wir von Preußen angegriffen würden, aber ohne Zweifel hätte er sich nicht für verpflichtet gehalten, hinter uns zu treten, wenn uns eingefallen wäre, Preußen ohne seine Zustimmung den Krieg zu erklären. Aber Frankreich ist, behauptet man, im jetzigen Falle nicht der Angreifer. Preußen ist, welches den Krieg herausfordert, wenn es die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern nicht zurückzieht. . . . Bei allen unsern vertraulichen Besprechungen mit der französischen Regierung gingen wir stets davon aus, daß wir vor allem den Frieden wollten und zum Kriege nur dann schreiten würden, wenn er notwendig wäre. Ist er das im gegenwärtigen Falle? Vielleicht wird er es werden, aber sicherlich wird das großenteils von der Haltung abhängen, die Frankreich von Anfang an eingenommen hat; denn die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern war keine derartige Thatsache, daß sie an sich zu dieser Folge führen mußte. Wenn Frankreich bei diesem Vorfalle nicht gleichgiltig blieb, so ist nichts mehr in der Ordnung. Wenn es zu Anfang hierin einen Mangel an Rücksicht auf sich erblickte und folglich eine Verletzung seiner Würde, so ist nichts natürlicher. Wenn es erklärt, dadurch, daß ein preußischer Prinz den

Thron Spaniens besteigt, würden seine Interessen bedroht, so ist das eine Sache, gegen die sich nichts einwenden ließe. Es hatte hierin Gelegenheit, einen diplomatischen Feldzug zu beginnen, wo Frankreich eine sehr schöne Rolle hatte, wo Preußen und Spanien offenbar im Unrechte waren, und wo Europa ganz geneigt gewesen wäre, sich auf die Seite Frankreichs zu stellen und auf die beiden andern Mächte einen Druck zu üben, welcher zur Folge gehabt hätte, entweder auf friedlichem Wege den französischen Interessen reichliche Befriedigung zu verschaffen oder der französischen Regierung einen großen moralischen Vorteil zu sichern, wenn sie durch Verweigerung dieser Befriedigung gezwungen worden wäre, zu den Waffen zu greifen. Man hätte Spanien in fester, aber maßvoller Sprache auseinanderzusetzen sollen, was Frankreichs Interesse augenscheinlich erforderte. Ähnliche Erklärungen hätten bei den fremden Kabinetten abgegeben werden sollen, und diese würden sich gewiß beeilt haben, Frankreich ihren thätigen Beistand zur Beseitigung dieser Ursache der Verwicklung anzubieten. Preußen würde, ohne von Frankreich unmittelbar herangezogen zu werden, wahrscheinlich zurückgewichen sein, und Frankreich hätte alle Ehre und allen Gewinn bei diesem Feldzuge davon getragen. Wenn Preußen gegen alle Erwartung trotz der Ratschläge Europas dabei beharrt hätte, nicht dafür zu sorgen, daß der Prinz von Hohenzollern seine Kandidatur zurückzöge, so würde der Krieg unter den für Frankreich günstigsten moralischen Bedingungen begonnen haben. Die französische Regierung hatte sich dem von mir skizzirten Plane von Anfang an nicht angeschlossen. Ihre ersten Kundgebungen tragen nicht den Charakter einer diplomatischen Aktion, sie sind weit mehr eine wirkliche Kriegserklärung, an Preußen in Ausdrücken gerichtet, welche in ganz Europa Aufregung hervorrufen und es leicht an den vorbedachten Plan glauben machen, um jeden Preis den Krieg herbeizuführen. . . . Gern hoffen wir noch, daß die Angelegenheit eine Bahn einschlagen werde, welche dem diplomatischen Gesichtspunkte mehr entspricht, und daß Frankreich dabei nicht weniger glänzenden Erfolg erreichen werde. Indes zeigt der Anschein ein wenig zu deutlich, daß auf seiten Frankreichs der Wunsch herrscht, Streit mit den Preußen zu suchen und zu diesem Zwecke den ersten Vorwand zu verwenden, der sich darbietet. Die Einzelheiten, welche mir Ihre Berichte mittheilen, können diese Auffassung nur bestätigen, und ich gestehe freimütig, daß ich in der Weise, wie diese Sache in Paris angefaßt worden ist, einen ernststen Beweggrund sehe, nicht aus einer gewissen Zurückhaltung herauszutreten. . . . Man wird diese Sprache in Paris vielleicht streng finden, ich halte sie aber für geboten durch aufrichtige Freundschaft gegenüber Frankreich und ebenso durch meine Besorgtheit in Betreff der mir anvertrauten Interessen. Präzisiren Sie, wie ich gethan, die Tragweite unsrer Verpflichtungen genau, versichern Sie, daß wir sie halten werden, aber verhehlen Sie nicht, daß wir uns umso weniger veranlaßt fühlen, über sie hinauszugehen, als wir die Ueberstürzung nicht billigen können, mit der man ohne augenscheinliche Nothwendigkeit und indem man uns so wenig vorbereitet hat, die Kriegsfrage stellt. Ueberdies giebt es außer diesen politischen Betrachtungen materielle Gründe, welche uns nicht gestatten, eine kriegerische Haltung anzunehmen. . . . Selbst wenn wirs wollten, könnten wir nicht so plötzlich beachtenswerte Streitkräfte auf die Beine bringen. . . . Wir können nicht von heute auf morgen zur Aktion übergehen, und die Meinung des ganzen Landes würde sich gegen die Regierung erheben, wenn sie sich kopfsüber in die Gefahren eines so unvorhergesehenen Krieges stürzte. Jedenfalls müßte diese Eventualität sich als eine Unumgänglichkeit der Lage darstellen, und niemand würde heute zugeben, daß diese Forderung bei uns bestünde. Ich sage nicht, daß

uns nicht Eventualitäten vor Augen treten könnten, welche uns zur Einmischung in einen Streit führen, der über eine Frage des Einflusses zwischen Frankreich und Preußen ausgebrochen ist, aber sicherlich wird man das österreichisch-ungarische Reich nicht geneigt finden, gleich zu Anfange des Streites, der sich heute entspinnt, in denselben einzutreten. Eine wohlwollende Haltung gegen Frankreich, der Entschluß, sich nicht mit einer andern Macht zu verständigen, das ist alles, was die Regierung des Kaisers gegenwärtig versprechen kann, wenn sie nicht von dem allgemeinen Gefühle verleugnet werden will. . . . Unsrer Dienste hat man sich in gewissem Maße verschafft, aber über dieses Maß wird nicht hinausgegangen werden, wenigstens wenn uns die Ereignisse nicht dahin bringen, und wir haben keine Neigung, uns einzig deshalb kopfüber in den Krieg zu stürzen, weil es Frankreich paßt. Zu bewirken, daß der Kaiser Napoleon und seine Minister diesen Stand der Dinge annehmbar finden, ohne ihre Unzufriedenheit herauszufordern, das ist die schwere Aufgabe, die Sie erwartet, zu deren Ueberwindung ich aber auf Ihren Eifer und Ihren persönlichen Einfluß rechne. Es darf kein Anfall übler Laune gegen Oesterreich eine jener plötzlichen Wendungen vorbereiten, an die uns Frankreich ein wenig zu sehr gewöhnt hat. . . . Betonen Sie deshalb so laut als möglich den Wert unsrer wirklichen Verpflichtungen und die Treue, mit der wir sie achten, damit der Kaiser sich nicht sofort auf unsre Kosten mit einer andern Macht verständigt, was wir übrigens für unmöglich halten, da es unsern gegenseitigen Verpflichtungen widersprechen würde. Bestehen Sie in Betreff dieses Punktes auf der Gegenseitigkeit, und halten Sie außerdem die Augen recht offen. Das ist das Letzte und Hauptsächlichste, was ich Ihnen empfehle.

Diese Depesche sollte ursprünglich in ein Rotbuch kommen, welches Ende 1870 den Delegationen vorgelegt wurde, aber Beust ließ sie im letzten Augenblicke weg; denn, so sagt er S. 352 seines Buches, „war es, während das geschlagene Frankreich die letzten Anstrengungen nationaler Verteidigung machte, ritterlich, ja war es mit dem strengen Begriffe von Neutralität vereinbar, solcher Gestalt für den Besiegten mit einer Anklage, für den Sieger mit einer Rechtfertigung hervorzutreten?“ Es war aber noch ein anderer Beweggrund, den er verschweigt: die Depesche zeigt, daß Beust ganz entschieden auf Seiten Frankreichs stand, daß er es nur einen unrichtigen Weg gehen sah, und daß er ihm nur deshalb nicht mit den Waffen helfen wollte, weil er nicht konnte. Wäre die Depesche 1870 veröffentlicht worden, meint Beust, so würde Gramont 1873 nicht in der Weise gegen ihn aufzutreten gewagt haben, wie er es that. Hören wir in den Hauptsachen auch diesen, wie er auf den Brief antwortet, in welchem ihn Beust zur Widerlegung seiner Behauptung, Oesterreich habe Frankreich zum Kriege ermutigt, auf die obige Depesche an Metternich verwiesen hatte. Gramont schreibt nach einigen einleitenden Worten:

Ich lasse für den Augenblick jeden Streit über die Verhandlungen von 1868, 1869 und 1870 beiseite. . . . Ich beschränke mich darauf, Sie daran zu erinnern, daß diese Verhandlungen 1869 „offene“ waren, und daß sie als Grundlage und Ausgangspunkt für den Vertrag dienten, über welchen Ende Juli 1870 in Bezug auf den Krieg und die Mitwirkung Oesterreichs bei demselben verhandelt wurde. . . . Ich behaupte zweierlei: erstens, daß Sie mir, während ich Botschafter in Wien

war, niemals gesagt haben, man müsse der kaiserlichen Regierung jede Täuschung benehmen und sie recht deutlich vom Gegenteile überzeugen, daß nämlich, wenn sie sich in einen Krieg verwickle, Oesterreich ihr nicht folgen würde. Diese Behauptung halte ich mit vollkommener Bestimmtheit fest, die sich nicht bloß auf mein sehr treues Gedächtnis stützt, sondern auch auf Aufzeichnungen, welche ich aufbewahrt habe. . . . Wir haben oft vom Kriege gesprochen, wir stimmten überein, ihn nicht zu wünschen, und wir erkannten an, daß sich in Deutschland ein Werk vollzog, welches zu unterbrechen Oesterreich wie Frankreich kein Interesse hatte. Wir haben einige male die Möglichkeit eines Krieges im allgemeinen ins Auge gefaßt, und ich sehe in meinen Aufzeichnungen, daß Sie mir damals vorstellten, wie wünschenswert es sei, daß der Krieg, falls er notwendig würde, aus einer nicht deutschen Ursache hervorginge, daß er z. B. aus einem Gegenstande im Zusammenhange mit der orientalischen Frage entspringe, sodaß er Oesterreich in Betreff der Rolle, die es zu spielen berufen sei, seine ganze Aktionsfreiheit ließe. Ich nehme an, daß Ihre Erinnerungen hier mit den meinigen übereinstimmen, aber was die Worte angeht, die Herr Thiers Ihnen in den Mund legt, so sehe ich davon keine Spur, es wäre denn in der Depesche, die Sie am 11. Juli 1870 an den Herrn Gesandten Oesterreichs schrieben, und von der ich in der mir von Ihnen gütigst übersandten Abschrift zum ersten male Kenntnis erhalten habe, da der Herr Gesandte sie uns niemals gezeigt hat. Hier sehe ich in der That, daß Sie ihn beauftragen, uns jede Täuschung zu benehmen und uns mit Behutsamkeit zu verstehen zu geben, daß wir nicht auf Ihren Beistand zu rechnen haben. . . . Ich finde in dieser verzögerten Mitteilung den Schlüssel zu einer Lage, welche uns einige Stunden hindurch so viel Kopfzerbrechen verursachte. Es vollzog sich damals zwischen Ihnen, Herr Botschafter von Oesterreich, und mir ein Austausch mündlicher und schriftlicher Erklärungen, welche bewirkten, daß, wie Sie es nennen, bedauerliche Mißverständnisse zerstreut wurden. Der Herr Graf Bizithum kam nach Paris, und sogleich verschwanden alle Spuren der Kälte, welche Ihre Zurückhaltung natürlicherweise erzeugt hatte, obwohl der Herr Botschafter Oesterreichs, Ihren Weisungen gehorsam, nichts versäumt hatte, um deren Ausdruck zu mildern. Der Herr Graf Bizithum sah den Kaiser, er unterhielt sich mit mir, kehrte nach Wien zurück, und es war sofort nach seiner Rückkehr, am 20. Juli, als Sie wörtlich schrieben: „Der Graf Bizithum hat unsern erhabenen Herrn über den mündlichen Auftrag, mit welchem der Kaiser Napoleon ihn zu betrauen geruht hat, Bericht erstattet. Diese kaiserlichen Worte, sowie die Aufklärungen, welche der Herr Herzog von Gramont hinzuzufügen beliebt hat, haben jede Möglichkeit eines Mißverständnisses verschwinden lassen, welches die Ueberraschung dieses plötzlichen Krieges entstehen lassen konnte. Wollen Sie daher Seiner Majestät und dessen Ministern wiederholen, daß wir, getreu unsern Verpflichtungen, wie sie in den während des letzten Jahres zwischen den beiden Souveränen gewechselten Briefen festgestellt worden sind, die französische Sache als die unsre betrachten, und daß wir zum Erfolge seiner Waffen innerhalb der Grenzen des Möglichen beitragen werden.“ . . . Ich kann mich nicht enthalten, auf den vollständigen Unterschied hinzuweisen zwischen der Haltung des Wiener Kabinetts am 20. Juli und derjenigen, welchen es am 11. Juli in jenem nie veröffentlichten und unbekannten Schriftstücke, das Sie mir jetzt zur Kenntnis bringen, einnehmen zu wollen schien. Wie kommt es, daß am 13. Juli, beim Empfang der Depesche vom 11., der Herr Botschafter Oesterreichs mir keinerlei Mitteilung der Art gemacht hat, wie am 24. beim Empfang Ihrer Depesche vom 20.? Warum hat er mir nicht

jene erste Depesche zurückgelassen wie die zweite? Ich mache mir in diesem Augenblicke nicht zur Aufgabe, diese Frage zu beantworten, aber ich konstatiere, daß ich am 24. Juli die Erklärung in Händen hatte, daß kein Mißverständnis zwischen uns und dem Wiener Kabinet mehr stattfinden, und mehr noch die formelle Zusage, es werde zum Erfolge unsrer Waffen innerhalb des Möglichen beitragen. Das ist meine zweite Behauptung, und Sie werden zugeben, daß sie unbestreitbar ist. Handelte es sich um einen Beitrag zum Erfolge unsrer Waffen in platonischer Weise, wenn ich mich so ausdrücken darf, durch sympathische Wünsche, ohne den Degen zu ziehen? Ich glaube, das läßt sich schwer zugeben, und überdies haben Sie Sorge getragen, uns in dieser Hinsicht zu beruhigen; denn Sie fügten weiterhin hinzu: „Unter den Umständen ist uns das Wort Neutralität, welches wir nicht ohne Bedauern aussprechen, durch eine gebieterische Notwendigkeit und durch eine logische Abschätzung unsrer gemeinsamen Interessen auferlegt. Aber diese Neutralität ist nur ein Mittel, das Mittel, uns dem wahren Zwecke unsrer Politik zu nähern, das einzige Mittel, unsre Rüstungen zu vervollständigen, ohne uns einem plötzlichen Angriffe, sei es Preußens, sei es Rußlands, auszusetzen, bevor wir in der Verfassung sind, uns zu verteidigen.“ Und am Abende desselben Tages (24. Juli) benachrichtigte mich der Herr Botschafter Oesterreichs, indem er diese Rüstungsfrage genauer bezeichnete, daß bei dem Zustande, in welchem der Krieg Oesterreich überrascht habe, es ihm nicht möglich sein werde, den Feldzug vor Anfang des September zu eröffnen. Endlich, obwohl die Zusage des Bestandes zur Genüge aus dem Vorhergehenden erhellt, und obwohl es mir wirklich überflüssig zu sein scheint, dabei weiter zu verweilen, möchte ich Sie an das erinnern, was geschah, als der Herr Graf Bixthum nach Paris zurückkam, und daran, daß er damals mit mir die Grundlagen, selbst die Artikel des Vertrages feststellte, welcher deutlich und bestimmt erklärte, daß die bewaffnete Neutralität der vertragschließenden Mächte bestimmt sei, sich in thatsächliche Mitwirkung mit Frankreich gegen Preußen zu verwandeln. Ich möchte Sie erinnern, daß es die Vertreter Oesterreichs, Ihre eignen Bevollmächtigten und Beauftragten waren, welche die Art und Weise dieser Verwandlung der bewaffneten Neutralität in thatsächliche Mitwirkung vorschlugen, und daß diese Art und Weise darin bestand, nachdem man bereit war, von Preußen in Gestalt eines Ultimatus zu verlangen, es solle sich verpflichten, nichts gegen den im Prager Frieden festgestellten Statusquo zu unternehmen. Die österreichischen Unterhändler sagten damals, daß Preußen sich sicherlich weigern und daß dies das Signal zu kombinierten Feindseligkeiten werden würde. Und jetzt fragen Sie mich, Herr Graf, ob die Mittheilungen vom 20. Juli, oder, um richtiger zu sprechen, vom 24. Juli, dem Tage, wo ich sie empfang, „mich im Ernste denken lassen konnten, wir dürften uns auf eine Einmischung Oesterreichs mit bewaffneter Hand Rechnung machen.“ ... Sie fügen hinzu, daß „ich, der ich doch mehrere Wochen noch, während die Kriegsereignisse sich rasch gefolgt seien, die Geschäfte weiter geführt hätte, nach Wien weder ein Telegramm noch eine Depesche hätte abgehen lassen, um Oesterreich an seine Verpflichtungen zu erinnern und dessen militärische Operationen zu beschleunigen,“ und Sie schließen daraus, daß ich nicht ernsthaft an die Mitwirkung einer österreichischen Armee hätte glauben können. Oesterreich an seine Versprechungen erinnern, während wir uns schlügen, ein paar Tage, nachdem wir sie empfangen hatten! Ich gestehe, daß mir nicht einmal die Idee dazu aufgestiegen ist. Aber wenn Sie glauben, ich hätte unserm Botschafter nicht geschrieben, sich aller in seiner Macht stehenden Mittel zu bedienen, um Ihre militärischen Operationen zu beschleunigen,

so befinden Sie sich in einem großen Irrthume, und ich habe die Entwürfe mehrerer Depeschen, unter andern derjenigen, die ich am 27. und 31. Juli und am 3. August an ihn richtete, vor Augen, welche keinen andern Gegenstand betrafen. Ich zweifelte nicht an den Absichten Oesterreichs, ich zweifle auch heute nicht daran, und ich hege die Ueberzeugung, daß, wenn unsre eben so plötzlichen als unvorhergesehenen Unglücksfälle seinen Beistand nicht unmöglich gemacht hätten, dieser Beistand uns gewährt worden wäre, wie er uns versprochen war. Ich hatte, wie ich gestehe, etwas weniger Vertrauen auf die Promptheit seiner Vorbereitungen, obwohl ich in dieser Hinsicht von sehr kompetenten Persönlichkeiten beruhigende Mittheilungen erhalten hatte.

Ich schließe, Herr Graf, diesen Brief, der schon zu lang geworden ist, indem ich mich gegen jede Idee des Vorwurfs und der Anklage verwahre. Ich halte meine beiden Behauptungen fest, aber nichts liegt meinen Gedanken ferner als Beschwerde zu erheben, sei es gegen die kaiserliche und königliche Regierung, sei es gegen Sie selbst, über das politische Verhalten nach unsern Unglücksfällen. Es hieße im höchsten Grade des praktischen Sinnes und selbst der Billigkeit ermangeln, wenn man sich über die Zeit des Stillstandes wundern wollte, welche die Folge unsrer Niederlagen und vorzüglich unsrer innern Wirren war. Ich möchte sogar sagen, daß es von unsrer Seite eine gewisse Undankbarkeit sein würde, wenn wir nicht erkannten, daß unter allen Mächten Oesterreich die letzte gewesen ist, Frankreich vollständig aufzugeben. . . . Wir wissen es in Frankreich, daß die Sympathien des wirklichen Oesterreich [der Herzog hat vorher von einem unechten, einer von der „durch Preußen bezahlten Presse“ gefälschten öffentlichen Meinung gesprochen] uns bis über unsre Unglücksfälle hinaus gefolgt sind, und wir würden unsrer Erkenntlichkeit nur an dem Tage entbunden sein, wo uns kundgegeben würde, daß seine Regierung heute die Gefühle zu verleugnen sucht, zu denen sie sich einst bekannte.

Beust schwieg damals auf diese Antwort. „Es war begreiflich sagt er —, daß ich, auch ohne diesfalls verständliche Wink erhalten zu haben, in meiner Stellung als Botschafter [am Hofe von St. James] die Diskussion nicht fortsetzen durfte. So mußte ich denn manches irrige und unberechtigte Urtheil über mich ergehen lassen, dem ich durch eine Duplik leicht entgehen konnte.“ In seinem Werke holt er das damals Unterlassene nach, aber, wie uns scheint, nicht durchweg mit Glück. Darüber in einem Schlußartikel, der auch einiges andre über das damalige Verhalten des österreichischen Staatsmannes und seine deutschfeindliche Sinnesart und Richtung enthalten wird.

